

Marius Prinz

Der Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen im Informationsfreiheitsrecht

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsübersicht	I
Abkürzungsverzeichnis	XV
 1. Teil Einleitung und Grundlegung	 1
<i>A. Einleitung</i>	1
I. Problemaufriss: Der Paradigmenwechsel durch das Informationsfreiheitsrecht und seine Folgen für den Geheimnisschutz.....	1
II. Gang der Darstellung.....	4
III. Themenbegrenzung	6
<i>B. Grundlegung</i>	8
I. Grundlagen und Zwecke des Informationsfreiheitsrechts.....	8
1. Bedeutung der Information für die Gesellschaft	10
2. Der Staat als Verwalter umfangreicher Unternehmensinformationen – Ursachen und Konsequenzen	13
3. Verfassungsrechtlicher Schutz der Informationsfreiheit.....	16
a) Bundesebene	16
b) Landesebene.....	18
c) Ausblick.....	18
4. Zwecke des Informationsfreiheitsrechts.....	21
a) Kontrollfunktion	22
b) Partizipationsfunktion.....	23
c) Grundrechtsvoraussetzungsschutz.....	25
d) Rezeption von Zwecken in der Gesetzesbegründung.....	26
e) Rezeption von Zwecken in der Rechtsprechung	26
II. Grundlagen und Zwecke des Schutzes von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen.....	27
1. Der Begriff des Betriebs- und Geschäftsgeheimnisses	27

a) Unternehmensbezogenheit	29
b) Fehlende Offenkundigkeit	30
c) Geheimhaltungswille	34
d) Berechtigtes Geheimhaltungsinteresse	35
e) Unterscheidung zwischen Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen	42
f) Geheimnisträger	43
2. Verfassungsrechtlicher Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen	43
a) Art. 14 Abs. 1 GG (Eigentumsgarantie)	45
aa) Vermögenswertes Recht	46
bb) Zuordnung zu einem Rechtsträger	47
cc) Zuordnung zur privaten Nutzung	50
dd) Zuordnung nach Art eines Ausschließlichkeitsrechts	51
ee) Zusammenfassung: Eigentumsgarantie umfasst Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse	55
b) Art. 12 Abs. 1 GG (Berufsfreiheit)	56
c) Art. 2 Abs. 1 GG i. V. m. Art. 1 Abs. 1 GG (Recht auf informationelle Selbstbestimmung)	57
d) Exkurs: Schutzergänzender Grundrechtsverbund aus Art. 2 Abs. 1 GG und Art. 12 Abs. 1 GG?	60
e) Art. 20 Abs. 3 GG (Rechtsstaatsprinzip)	62
f) Haushaltsrechtliche Grundsätze	62
g) Konkurrenzen	63
h) Zusammenfassung: Vielschichtiger verfassungsrechtlicher Schutz	66
3. Die wirtschaftliche Bedeutung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen	67
4. Zwecke des Schutzes von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen	70
III. Historische Entwicklung des Informationsfreiheitsrechts	72
1. Internationale Entwicklung	72
2. Entwicklung in Europa	75

a) Entwicklung in europäischen Mitgliedsstaaten	75
b) Entwicklung in der Europäischen Union.....	76
3. Entwicklung in Deutschland.....	78
a) Entwicklung in den Bundesländern	78
b) Entwicklung im Bund	79
aa) Gesetzgebungsprozess	79
bb) Paradigmenwechsel: Vom Arkanprinzip zum voraussetzungslosen Informationszugang	82
IV. Konflikt hintergründe: Informationen im 21. Jahrhundert und der Bedarf für eine Ausdifferenzierung der Abwägung zwischen öffentlichem Informationsinteresse und Geheimhaltungsinteresse im Informationsfreiheitsrecht	84
1. Entwicklung zur Informationsgesellschaft.....	85
a) Erhöhte Verfügbarkeit von Informationen	85
b) Stärkere kommerzielle Nutzung von Informationen	86
c) Zusammenfassung: Steigende Schutzanforderungen gegenüber dem Staat vs. Bedürfnis nach Berücksichtigung von Gemeinwohlaspekten.....	87
2. Verstärkte Sammlung und Nutzung von Informationen durch Konkurrenzunternehmen	88
3. Entwicklung der Schutzsysteme im Immaterialgüterrecht.....	88
4. Ausgeprägte Kontextabhängigkeit und Unsicherheit der Wertbestimmung	89
5. Komplexer Interessenausgleich zwischen Beteiligten bei Behördenentscheidungen.....	91
6. Annex: Durchsetzung öffentlicher Interessen durch Private.....	91
7. Zusammenfassung: Komplexes Spannungsfeld zwischen öffentlichem Informations- und unternehmerischem Geheimhaltungsinteresse	93

2. Teil Vergleichende Untersuchung des Informationsfreiheitsrechts unter besonderer Berücksichtigung der Ausnahmetatbestände zum Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen.....	95
A. Das Informationsfreiheitsrecht auf Bundesebene.....	95
I. Verfassungsrechtliche Verbürgung der Informationsfreiheit	95
II. IFG	96
1. Anspruchsberechtigte	96
2. Anspruchsverpflichtete	98
3. Anspruchsgegenstand.....	98
4. Anspruchsschranken	100
a) Geschriebene und ungeschriebene Ausnahmetatbestände.....	100
b) Systematisierung der Ausnahmetatbestände	102
5. Verhältnis zu anderen Informationszugangsrechten.....	103
a) UIG	103
b) VIG.....	104
c) Vergaberecht	104
d) Abgabenordnung	108
e) Geodatenzugangsgesetz	108
6. Inanspruchnahme des Zugangsrechts	109
III. Bereichsspezifische Regelungen.....	109
1. UIG.....	110
a) Anspruchsberechtigte	111
b) Anspruchsverpflichtete.....	112
c) Anspruchsgegenstand.....	112
d) Anspruchsschranken.....	113
e) Inanspruchnahme des Zugangsrechts.....	113
2. VIG.....	114
a) Anspruchsberechtigte	114
b) Anspruchsverpflichtete.....	114
c) Anspruchsgegenstand.....	114
d) Anspruchsschranken.....	115
e) Inanspruchnahme des Zugangsrechts.....	115

IV. Exkurs: IWG	116
<i>B. Das Informationsfreiheitsrecht auf Landesebene</i>	<i>116</i>
I. Verfassungsrechtliche Verbürgung der Informationsfreiheit.....	116
II. IFG der Länder	117
1. Anspruchsberechtigte	117
2. Anspruchsverpflichtete	118
3. Anspruchsgegenstand	119
4. Anspruchsschranken	119
5. Verhältnis zu anderen Informationszugangsrechten	120
6. Inanspruchnahme des Zugangsrechts	120
III. UIG der Länder	121
<i>C. Die Anwendung der Ausnahmetatbestände zum Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen durch die Verwaltung und die Gerichte</i>	<i>123</i>
I. Gesetzesanwendung durch die Verwaltung	123
II. Gesetzesanwendung durch die Gerichte	125
III. Zusammenfassung: Tendenziell zu strikter Geheimnisschutz durch die Verwaltung	127
<i>D. Vergleich des durch die jeweiligen Regelungen gewährleisteten Schutzniveaus: Nebeneinander von absolutem und relativem Geheimnisschutz</i>	<i>127</i>
3. Teil Analyse der Möglichkeiten zur Ausdifferenzierung des Geheimnisschutzes.....	129
<i>A. Die Notwendigkeit der Einführung einer flächendeckenden Abwägungsklausel und ihre Vor- und Nachteile.....</i>	<i>129</i>
<i>B. Präzisierung der Abwägung zwischen Informationsinteresse der Öffentlichkeit und Geheimhaltungsinteresse der Unternehmen</i>	<i>136</i>
I. Möglichkeiten und Grenzen einer Präzisierung	139
1. Möglichkeiten	139

2. Grenzen	148
II. Grundlegung: Unterschiede zwischen stofflichen Wirtschaftsgütern und Informationen als nicht-stofflichen Wirtschaftsgütern und die Auswirkungen auf das Verhältnis der Schutzkonzepte von Art. 14 Abs. 1 GG und Art. 12 Abs. 1 GG	149
1. Ausgeprägte Sozialbindung von Informationen	152
2. Nicht-Verbrauchbarkeit und Nutzbarkeit durch verschiedene Personen zur gleichen Zeit	153
3. Erleichterte Reproduzierbarkeit	155
4. Eigenschaften öffentlicher Güter	155
5. Zusammenfassung: Auswirkungen der besonderen Eigenschaften auf die Abwägung	157
6. Annex: Erkenntnisgewinn für die Notwendigkeit einer Abwägungspräzisierung	158
III. Gewichtungskriterien für das öffentliche Informationsinteresse	160
IV. Abstrakte Bewertung des öffentlichen Informationsinteresses	162
V. Differenzierungskriterien zur Begründung des Schutzes von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen	164
1. Leistungskriterium	168
2. Finalitätskriterium	169
3. Komplexitätskriterium	169
4. Stabilitätskriterium	170
5. Nutzungskriterium	170
6. Ablösungskriterium	171
7. Zusammenfassung: Größerer Schutz bei stärker ausgeprägter Vergegenständlichung von Informationen	172
VI. Gewichtungskriterien für die Schutzwürdigkeit von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen	173
1. Absolute Kriterien	174
a) Art und Geschäftsfeld des Unternehmens	174
b) Alter der Information	175
c) Innovationspotential	175

d) Zu erwartender Aufwand und Dauer für die Gewinnung der Information durch Konkurrenzunternehmen	176
e) Unterscheidung zwischen freiwilliger und verpflichtender Übermittlung von Informationen an Behörden	176
f) Vorherige Veröffentlichung mit dem Geheimnis in Beziehung stehender Informationen	179
g) Rückschlüsse auf weitere Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse oder auf ein Gesamtbild	180
2. Relative Kriterien	180
a) Orientierung an den zivilrechtlichen, insbesondere lauterkeitsrechtlichen, Wertungen des Geheimnisschutzes	180
b) Regelungsumfeld der Information	182
c) Vergleich mit weiteren ähnlichen Konstellationen	182
VII. Mögliche geheimhaltungsbedürftige Auskunftsgegenstände	184
1. Betriebsgeheimnisse	185
2. Geschäftsgeheimnisse	187
VIII. Abstrakte Bewertung der Geheimhaltungsbedürftigkeit der Auskunftsgegenstände	190
1. Allgemeine Vorbemerkungen	190
2. Betriebsgeheimnisse	192
a) Computerprogramme	192
b) Herstellungsverfahren	199
c) Kunstgriffe bei der Anwendung eines an sich bekannten Verfahrens	203
d) Konstruktionsgeheimnisse	207
e) Rezepturen von Medikamenten oder Chemikalien	210
f) Kontrollverfahren und -ergebnisse	216
g) Geoinformationen	220
3. Geschäftsgeheimnisse	228
a) Ausschreibungsunterlagen, insbesondere im Rahmen einer Ausschreibung erlangte Angebotsunterlagen	228
b) Mitarbeiterlisten, Gehaltslisten und Lohnsteuernachweise	235
c) Mitarbeiterorganisation	241

d) Kundenlisten, Lieferantendaten und Bezugsquellen.....	245
e) Kalkulationsunterlagen	252
f) Bilanzen.....	257
g) Steuerliche Verhältnisse eines Gewerbebetriebs	262
h) Absatz- und Werbemethoden.....	267
i) Allgemeine Marktdaten eines Unternehmens, die für das Unternehmen von Bedeutung sind	272
IX. Abstrakte Abwägung zwischen öffentlichem Informationsinteresse und Geheimhaltungsinteresse der Unternehmen	276
X. Vor- und Nachteile von Positiv- und Negativkatalogen.....	277
XI. Veränderte Lage bei grundrechtlicher Absicherung der Informationsfreiheit <i>de lege ferenda</i>	279
XII. Zusammenfassung: Vom ausgeprägten Übergewicht des Geheimnisschutzes <i>de lege lata</i> zur Annäherung der Interessen <i>de lege ferenda</i>	282
C. Weitere Mechanismen für eine Verbesserung des Schutzkonzeptes	283
I. Vereinfachung der Bestimmung, ob ein Betriebs- und Geschäftsgeheimnis vorliegt.....	284
1. Legaldefinition des Betriebs- und Geschäftsgeheimnisses.....	284
2. Kennzeichnungspflicht für Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse	285
II. Harmonisierung der Regelungsmaterie	286
1. Harmonisierung von Bundes- und Landesregelungen.....	286
2. Harmonisierung der verschiedenen Bereichsgesetze.....	287
III. Maßnahmen zur Abschwächung der Eingriffsintensität bei Offenbarung eines Betriebs- und Geschäftsgeheimnisses.....	288
1. Kompensationslösungen	289
a) Finanzielle Kompensationsform	289
aa) Kompensationszahlung durch das Unternehmen	291
bb) Kompensationszahlung durch den Staat.....	291
cc) Höhe der Kompensationszahlungen.....	292

b) Informationelle Kompensationsform.....	293
2. Geheimhaltungsverpflichtung	294
3. Pflicht zur Sicherheitsleistung	294
4. Zusammenfassung: Flankierende Schutzmaßnahmen eingeschränkt sinnvoll	295
IV. Sonstige Instrumente zum Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen.....	295
1. Anwendung des <i>in-camera</i> -Verfahrens auf IFG-Streitigkeiten.....	295
2. Anspruch auf Löschung von Daten	296
V. Rechtspolitischer Exkurs: Grundausrichtung des Geheimnisschutzes – Informationszugang auf Anfrage oder proaktive Veröffentlichung der Informationen?	297
4. Teil Zusammenfassung/Ergebnisse	299
Literaturverzeichnis.....	305